

Linkes Blatt ^{DIE LINKE.}

3. Ausgabe / 32. Jahrgang

Für Halle (Saale)

15. März 2022

Hinaus zum Internationalen Frauentag!



Am 8. März waren wir an verschiedenen Standorten in Halle unterwegs, um auf den Internationalen Frauentag hinzuweisen. Frauen in Halle-Neustadt, Heide-Nord, auf dem Marktplatz, auf der Silberhöhe und im Elisabethkrankenhaus haben sich sehr über unsere Blumen-

aktionen und unsere Wertschätzungen ihnen gegenüber gefreut. An dieser Stelle ein großer Dank an alle Genoss:innen, die dies ermöglichen haben.

Das Patriarchat existiert weiterhin. Es gibt eine zwischen Männern und Frauen klaffende Lohnlücke von 21 Prozent. Jede Form von Erziehungs- und Sorgearbeit ist im Privat- und Berufsleben ungerecht verteilt. Häusliche und sexualisierte Gewalt gegen Frauen ist viel zu verbreitet und das Recht auf körperliche Selbstbestimmung ist weiterhin umkämpft. Darüber hinaus werden Menschen,



die nicht in das vermeintlich biologische System der zwei Geschlechter passen, diskriminiert und ausgegrenzt - das endlich abzuschaffende sogenannte Transsexuellengesetz ist dafür ein Beispiel.

Es ist bekanntlich nicht einfach, etwas so Grundlegendes zu verändern - aber es ist notwendig. Wir müssen Geschlechterrollen aktiv hinterfragen und kritisieren. Aber vor allem müssen wir die konkreten Voraussetzungen dafür schaffen, dass Menschen aus dieser Diskriminierung ausbrechen können. Die Lohnlücke muss gesetzlich verboten werden, vermeintlich weib-



liche Berufe müssen deutlich besser bezahlt werden. Beratungsstellen gegen häusliche und sexualisierte Gewalt müssen endlich ausreichend finanziert werden, jede Kommune muss ausreichend Plätze in Frauenhäusern unterhalten können.

Die Vielfalt der Geschlechter und die Kritik sexistischer Diskriminierung muss Teil des Lehrplans sein und durch öffentlich finanzierte Bildungsangebote ergänzt werden. Dazu muss die Politik feministische Akteur:innen als Partner:innen begreifen und sich mit ihnen solidarisieren, wenn sie v. a. von Rechtsextremen denunziert oder bedroht werden. In diesem Sinne werden wir heute nicht nur unsere traditionellen Nelken an die Hallenserinnen verteilen, sondern auch an den Demonstrationen zum feministischen Kampftag teilnehmen.



DIE LINKE. Sachsen-Anhalt

2. Tagung des 8. Landesparteitages der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt am 5. und 6. März 2022 in Leuna

Beschluss 5. März 2022

Gegen den Krieg!

Der verbrecherische Angriffskrieg gegen die Ukraine auf Befehl des russischen Präsidenten Putin ist nicht nur ein Verstoß gegen das Völkerrecht, sondern auch gegen die Grundlagen unseres Zusammenlebens in Europa. Für einen nationalistischen und militaristischen Großmachtanspruch werden Menschenleben geopfert, die Zivilbevölkerung in der Ukraine bedroht und die Infrastruktur des Landes zerstört. Inzwischen droht Putin mit dem Einsatz von Massenvernichtungswaffen, inklusive von Atomwaffen, nicht nur gegen die Ukraine, sondern auch gegen Länder, die Sanktionen gegen Russland verhängen. Als Friedenspartei sagen wir ganz klar: dafür gibt es keine Rechtfertigung. Wir verurteilen diesen Völkerrechtsbruch und solidarisieren uns mit allen Menschen, die in Russland den Mut haben, gegen den Kriegstreiber Putin und seinen Machtapparat zu demonstrieren, um den Krieg zu stoppen.

Viele von uns haben bis vor kurzem diese Eskalation der Kriegsgewalt nicht für möglich gehalten und wollten nicht wahrhaben, was dann wahr wurde. Die Hoffnung stirbt bekanntlich zuletzt, aber diesmal ist sie gestorben.

Zur Beendigung dieses Krieges fordern wir die Bundesregierung auf, alle diplomatischen Möglichkeiten zu nutzen, die unter diesen Bedingungen noch existieren. Die Gefahr eines Flächenbrandes bis hin zu einem Atomkrieg ist zu groß, um auch nur die kleinste Chance ungenutzt zu lassen.

Den Worten müssen nun Taten folgen.

Wir stehen fest an der Seite der vom Krieg Betroffenen. Solidarität zu zeigen heißt, Flüchtlinge aus der Ukraine, unabhängig von ihrer Nationalität, aufzunehmen oder sie dort zu unterstützen, wo sie sich befinden. Nieder mit den Waffen heißt aber auch, Menschen aus Russland aufzunehmen, die sich dem Kriegsdienst widersetzen.

Wir befürworten Sanktionen, die zielgenau die politisch Verantwortlichen für diesen Angriffskrieg und die mit ihnen verbundenen Oligarchen treffen. Dazu ist es nötig, Geldströme zu kontrollieren, Geldwäsche zu

verhindern und Vermögen zu beschlagnahmen. Länder, die sich dem widersetzen, müssen unter Druck gesetzt werden, sich diesen Sanktionen anzuschließen.

Sanktionen, die vor allem die breite Bevölkerung in Russland treffen und die soziale Spaltung zusätzlich verschärfen, könnten Putin noch zusätzlich in die Hände spielen. Es steht zu befürchten, dass Putin diese für seine Propaganda effektiv nutzen kann, um noch aggressiver vorzugehen. Der sofortige Stopp aller Importe von Öl, Gas und Kohle aus Russland ist schon deshalb nicht möglich, weil das für die Bevölkerung in der EU schwer einzuschätzende Folgen hat. Die Hoffnung, damit dem Putin-System die Mittel für seine Militärmaschinerie zu nehmen, kann sich ohnehin nur mittelfristig erfüllen. Darüber hinaus müssen wir befürchten, dass die fehlenden Einnahmen auf russischer Seite nicht zu weniger Rüstung führen, sondern zur Verelendung breiter Bevölkerungsschichten. Trotzdem wird deutlich, dass der Import fossiler Energieträger aus Russland nicht nur aus ökologischen, sondern auch aus politischen Gründen infrage gestellt werden muss. Die Antwort darauf darf aber nicht eine Rückkehr zur Atomkraft, die Verlängerung des Braunkohleabbaus oder Flüssiggas aus den USA oder Katar sein.

Wir benötigen dagegen den massiven Ausbau der erneuerbaren Energie sowie der Forschung und Entwicklung der Energiespeicherung und die Umstellung der Wertschöpfung auf die Verwendung erneuerbarer Energien. Statt Rüstungsausgaben explodieren zu lassen, benötigen wir Geld, um Energiearmut zu verhindern, die Kosten für Strom und Heizung für die Verbraucher zu begrenzen.

Wir lehnen die vorgesehene Aufrüstung der Bundesrepublik Deutschland innerhalb der NATO als grundfalsche Reaktion auf den russischen Angriff ab.

2 Prozent des Bruttoinlandproduktes in das Militärbudget zu stecken, wie von Kanzler Scholz angekündigt, würde dazu führen, dass die Bundesrepublik Deutschland allein mehr Geld für Rüstung ausgibt als

Russland. Alle NATO-Staaten zusammen geben ohnehin schon jetzt ein Vielfaches des russischen Rüstungsetats für das Militär aus.

Immer mehr Waffen schaffen keinen Frieden! Sie führen nur dazu, dass dringend nötige Ausgaben für Soziales, Bildung und der Bekämpfung des Klimawandels gestrichen werden und erhöhen die Risiken

für militärische Auseinandersetzungen.

DIE LINKE als internationalistische Friedenspartei kämpft gegen Krieg und Aufrüstung. Unabhängig davon, von wem der Krieg geführt wird und mit welcher Begründung.

Den Krieg stoppen! Kein Krieg - nirgends!

Kandidaturen/vorläufige Wahlergebnisse mit Stand vom 7. März 2022

Alle Wahlergebnisse sind vorläufig.

Landesvorsitzende:r:

Stefan Gebhardt, Mansfeld-Südharz - Ja (50.476 %) 53 / Nein (42.857 %) 45 / Enthaltung (6.667 %) 7

Janina Böttger, Halle (Saale) - Ja (69.231 %) 72 / Nein (26.923 %) 28 / Enthaltung (3.846 %) 4

Stellvertretende Landesvorsitzende:

Dr. Angelika Klein, Mansfeld-Südharz - Ja (51.429 %) 54 / Nein (40.952 %) 43 / Enthaltung (7.619 %) 8

Felix Schopf, Salzlandkreis - Ja (35.514 %) 38

Alexander Sorge, Saalekreis - Ja (62.617 %) 67

Landesgeschäftsführer:in:

Sabine Krems-Jany, Saalekreis - Ja (58.095 %) 61 / Nein (25.714 %) 27 / Enthaltung (16.190 %) 17

Landesschatzmeister/in:

Hans-Joachim Bittrich, Jerichower Land - Ja (62.963 %) 68 / Nein (25.926 %) 28 / Enthaltung (11.111 %) 12

Landesvorstand:

Kathrin Gantz, Mansfeld-Südharz - Ja (59.804 %) 61 / Nein (27.451 %) 28 / Enthaltung (12.745 %) 13

Rebekka Grotjohann, Linksjugend/Magdeburg - Ja (60.784 %) 62 / Nein (30.392 %) 31 / Enthaltung (6.863 %) 7

Judith Linde-Kleiner, Börde - Ja (85.294 %) 87 / Nein (6.863 %) 7 / Enthaltung (6.863 %) 7

Stefanie Mackies, Halle (Saale) - Ja (79.412 %) 81 / Nein (14.706 %) 15 / Enthaltung (4.902 %) 5

Dr. Petra Sitte, Halle (Saale) - Ja (70.588 %) 72 / Nein (18.627 %) 19 / Enthaltung (9.804 %) 10

Jutta Walther, Saalekreis - Ja (54.902 %) 56 / Nein (26.471 %) 27 / Enthaltung (15.686 %) 16

Robert Brix, Saalekreis - Ja-Stimmen (30.556 %) 33 (im zweiten Wahlgang)

Roland Claus, Salzlandkreis - Ja-Stimmen (42.593 %) 46 (im zweiten Wahlgang)

Florian Fandrich, Saalekreis - Ja-Stimmen (41.667 %) 45 (im zweiten Wahlgang)

Daniel Feuerberg, Mansfeld-Südharz - Ja-Stimmen (30.556 %) 33 (im zweiten Wahlgang)

Andreas Henke, Harz - Ja-Stimmen (25 %) 27 (im zweiten Wahlgang)

Frank Hoffmann, Dessau-Roßlau - Ja-Stimmen (27.778 %) 30 (im zweiten Wahlgang)

Holger Köhne, Stendal - Ja-Stimmen (5.556 %) 6 (im zweiten Wahlgang)

Nicklas Kurzweil, Burgenlandkreis - Ja-Stimmen (26.852 %) 29 (im zweiten Wahlgang)

Linkes Blatt

Impressum:

DIELINKE Halle, Stadtvorstand
Leitergasse 4
06108 Halle (Saale)
Telefon 0345 / 20 255 90

eMail:
linkesblatt@dielinke-halle.de
Anja Krimmling-Schoeffler/
Jan Röttschke (v.i.S.d.P)
Herstellung: Eigendruck
Erscheinungsweise: monatlich

Auflage: 230 Exemplare
Spende erbeten
Endredaktion dieser Ausgabe:
10.03.2022
Redaktionsschluss der nächsten
Ausgabe: 14.04.2022

Dr. Karsten Lippmann, Harz - Ja-Stimmen (36.111 %) 39 (im zweiten Wahlgang)
Ralf Neumann, Mansfeld-Südharz - Ja-Stimmen (4.630 %) 5 (im zweiten Wahlgang)
Raik Ohlmeyer, Altmarkkreis Salzwedel - Ja-Stimmen (64.815 %) 70 (im ersten Wahlgang)
André Richter, Anhalt-Bitterfeld - Ja-Stimmen (26.852 %) 29 (im zweiten Wahlgang)
Lucas Zahn, Mansfeld-Südharz - Ja-Stimmen (40.741 %) 44 (im zweiten Wahlgang)
Elias Zarrad, Wittenberg/Linksjugend - Ja-Stimmen (68.519 %) 74 (im ersten Wahlgang)

Mitglieder im Bundesausschuss:

Ute Haupt, Halle (Saale) - Ja (88.776 %) 87 / Nein (7.143 %) 7 / Enthaltung (3.061 %) 3
Petra Weiher, Anhalt-Bitterfeld - Ja (91.837 %) 90 / Nein (4.082 %) 4 / Enthaltung (3.061 %) 3
Hans-Joachim Bittrich, Jerichower Land - Ja (72.727 %) 72
John Lucas Dittrich, Magdeburg - Ja (78.788 %) 78
Holger Köhne, Stendal - Ja (18.182 %) 18

Ersatzmitglieder im Bundesausschuss:

Monika Krüger, Börde - Ja (93.617 %) 88 / Nein (2.128 %) 2 / Enthaltung (4.255 %) 4
Bastian Müller, Stendal/Linksjugend - Ja (90.196 %) 92 / Nein (4.902 %) 5 / Enthaltung (1.961 %) 2
Holger Köhne, Stendal - Ja (50.980 %) 52 / Nein (32.353 %) 33 / Enthaltung (10.784 %) 11

Landesschiedskommission:

Anke Jäger, Magdeburg - Ja (90.909 %) 90 / Nein (1.010 %) 1 / Enthaltung (8.081 %) 8

Landesfinanzrevisionskommission:

Carolin Spieß, Magdeburg - Ja (82.292 %) 79 / Nein (4.167 %) 4 / Enthaltung (13.542 %) 13
Chris Scheunchen, Magdeburg - Ja (89.109 %) 90 / Nein (2.970 %) 3 / Enthaltung (7.921 %) 8

Ukraine: Warum wir die Aufrüstungspläne nicht unterstützen

Petra Sitte

Nicht nur die Nacht des Überfalls Russlands auf die Ukraine vom 23. auf den 24. Februar 2022 wird uns tragisch in Erinnerung bleiben. Seit Tagen überschlagen sich Ereignisse und Entscheidungen.

Auch der 27. Februar 2022, der Tag der Sondersitzung des Bundestages und seine Beschlüsse, sind historisch, weil hier eine 180-Grad-Wende in der Verteidigungspolitik Deutschlands vollzogen wurde.

Gegen Ende der Debatte, noch auf der Sondersitzung zum militärischen Angriff Russlands auf die Ukraine, habe ich nachfolgende Gedanken aufgeschrieben. Sie beleuchten zugleich unsere Ablehnung zum gemeinsamen Antrag der Koalitionsfraktionen und den Unionsparteien, die sich bemerkenswert einig waren.

Aufrüstung anstatt humanitärer Hilfe

Ich habe der Rede des Bundeskanzlers sehr aufmerksam und auch mit wachsendem Erschrecken zugehört. Als Erstes und vorweg, damit ich es nicht vergesse: Er hat nichts zu den derzeit vor dem Krieg flüchtenden Menschen gesagt, nichts zu Hilfen für diese. Ebenso wenig war nichts zu hören zur notwendigen späteren Aufbauunterstützung der Ukraine.

Als Zweites hat er aber sehr viel zu NATO und Aufrüstung erklärt. So soll es die Auflage eines „Sondervermögens“ von 100 (!) Milliarden Euro für die Bundeswehr geben. Und dafür will er das Grundgesetz ändern.

Nur zum Vergleich: Europas Länder geben laut Rolf Mützenichs Rede (Mützenich ist Fraktionsvorsitzender der SPD) insgesamt ca. 200 Milliarden Euro für Militär aus. Und nun will die Koalition 100 Milliarden Euro allein in die Bundeswehr stecken? Man sollte wissen, dass die Bundeswehr in jedem Jahr Ausgabenreste hat - die jeweils beschlossenen Summen im Verteidigungshaushalt wurden nicht ausgegeben. Künftig sollen die bereitgestellten Mittel als Investition betrachtet werden. Bei Bildungs- und Sozialausgaben galt das nie. Was das für sozioökonomische Transformationsprozesse zur Bewältigung des Klimawandels bedeutet, erahnt man. Die Rüstungsindustrie, wo auch immer, sieht dagegen einem Aufschwung entgegen.

Ja, wir haben es mit einer Zäsur der europäischen Nachkriegsordnung zu tun. Aber mit welcher Aussicht, mit welcher Antwort an Russland?

Die Aufrüstungspolitik, die Rüstungsspirale und die

„nukleare Teilhabe“ des letzten Jahrhunderts, so war vom Partei- und Fraktionsvorsitzenden der CDU Friedrich Merz zu hören, sollen wieder reaktiviert werden - bedeutet das die Aufrüstung Deutschlands auch mit Atomwaffen?

All jene Politikerinnen und Politiker, die immer schon einer stärkeren Bewaffnung des Westens das Wort geredet haben, fühlen sich nun ermutigt und kommen wieder mit ihren alten Forderungen auf die Bühne. Einmal mehr reibt sich die Rüstungslobby die Hände. Olaf Scholz hat sogar von mehr als 2 Prozent des BIP gesprochen, die künftig für den Verteidigungshaushalt ausgegeben werden sollen (neben den 100 Milliarden Euro aus dem Sonderfonds).

Das tragen demonstrativ CDU und CSU mit, unter Beifall der AfD. Damit erhöht sich der Verteidigungshaushalt um ca. 40 Prozent auf rund 70 Milliarden Euro. Die Aufrüstungsspirale in Europa muss beendet werden

All das wurde ausgelöst durch Putins Überfall auf die Ukraine. Ja, Putin will die Ukraine „zurückholen“. Auch will er eine neue Weltordnung. Ja, der Krieg ist eine Zäsur, auch für die deutsche Friedensbewegung und für unsere Partei. Linker Internationalismus hat sich immer gegen Kriege gewandt. Wir sehen uns in der Verantwortung für Entspannungspolitik und setzen darauf, noch weitere diplomatische Mittel einzusetzen,

Finanzströme zu kappen und Sanktionen zu verhängen. Noch sind nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft.

In seiner Rede hat Olaf Scholz den Antrag von Koalition und Union für uns überraschend ausgelegt. Wir hatten zuvor in der Fraktion, noch in Unkenntnis dieser Rede, intensiv überlegt, wie der Antrag auszulegen ist und ob wir uns enthalten oder diesem gar zustimmen können. Nach der Rede des Bundeskanzlers war das jedoch ausgeschlossen. Einer grundgesetzlich festgeschriebenen Aufrüstung Deutschlands können und werden wir nicht zustimmen.

In unserem eigenen Antrag haben wir sowohl Teile der Analyse, Feststellungen und Vorschläge aus eben diesem Koalitions- und Unionsantrag aufgegriffen und fordern:

- * Einwirkung mit allen diplomatischen Mitteln, um sofortige Waffenruhe zu erreichen
- * vollständigen Abzug der russischen Truppen von ukrainischem Territorium
- * politische, wirtschaftliche, finanzielle und humanitäre Unterstützung für die Ukraine
- * Aufnahme Flüchtender und Schutzsuchender aus der Ukraine
- * internationale Ahndung von Kriegsverbrechen
- * keine Waffenlieferungen und Entsendung weiterer Truppen der Bundeswehr, Beendigung der Aufrüstungsspirale in Europa

Solidarität mit den Menschen in der Ukraine!

Der Angriffskrieg des Putin-Regimes ist ein Angriff auf die Menschen in der Ukraine. Hier geht ein rechts-extremer Diktator davon aus, dass der sich über jedes Völkerrecht stellen kann und denjenigen, die sich nur schwer wehren können, das antut, was er für das richtige hält.

Man kann viel über vergangene Versäumnisse reden und das auch völlig zurecht. Aber hier geht es jetzt darum, dass das Putin-Regime deutlich gemacht hat, dass eine friedliche Verständigung kaum möglich ist. Und erst Recht nicht eine Lösung angestrebt wies, die irgendwie im Interesse emanzipatorischer Kräfte sein kann.

Als LINKE haben wir deshalb die Aufgabe, die Aggression deutlich zu verurteilen und uns an die Seite derjenigen zu stellen, die dadurch bedroht werden.

Es gilt die Politik zu kritisieren, die hinter der Aggression steckt: Militarismus, völkische Ideologie und Nationalismus. Wir setzen die internationale Solidarität dagegen - gegen den Tyrannen in Russland und für die

Menschen, die sich überall auf der Welt gegen den Krieg einsetzen.

Dabei ist für uns klar, dass deutsche Aufrüstung keine Lösung sein kann. 100 Milliarden für die Bundeswehr nutzen den Ukrainer:innen exakt nichts - und auch nicht den vielen Menschen, die sich in der Russischen Föderation und in Belarus für Frieden einsetzen. Sie bringen nur der Waffenlobby und den Generälen etwas und sorgen für eine gefährliche Logik der Gewalt in Deutschland

Wir brauchen jetzt eine klare Haltung.

Für Frieden, gegen jeden Krieg.

Deshalb bitten wir euch darum: Beteiligt euch an den vielfältigen Friedensdemonstrationen in Halle, diskutiert mit uns und anderen über die Folgen aus dem Elend und helft den Geflüchteten aus der Ukraine, aus dem Grenzgebiet, aus Belarus und aus Russland.

Das ist jetzt unsere dringlichste Aufgabe, denn nur so kann sich die Humanität durchsetzen!

Stadt sucht ehrenamtliche Integrations-Lotsen für Geflüchtete

Die Stadt Halle (Saale) sucht ab sofort, zunächst befristet bis zum 31. Dezember 2022, ehrenamtliche Integrations-Lotsen. Deren Aufgabe ist es, Geflüchtete partnerschaftlich bei der Integration zu unterstützen, als Begleiter sowie Sprach- und Kulturvermittler.

Integrations-Lotsen haben die Aufgabe, die Geflüchteten über Angebote und Möglichkeiten in der Stadt zu informieren, Kontakte zu Behörden, Organisationen oder Beratungsstellen herzustellen. Sie helfen bei der Überwindung von Sprachbarrieren und geben Orientierung im neuen, ungewohnten Umfeld der Geflüchteten. Leitgedanke der individuellen Arbeit der Integrations-Lotsen soll grundsätzlich das Prinzip „Hilfe zur Selbsthilfe“ sein.

Durch die Tätigkeit sollen Begegnungen zwischen Geflüchteten und den Hallenserinnen und Hallensern ermöglicht werden. Integrations-Lotsen können beispielsweise die Geflüchteten über Familienzentren oder Senioreneinrichtungen sowie über Kultur-, Bildungs-, Sport- und Freizeitangebote informieren und auf Wunsch

dorthin begleiten.

Auch Menschen mit Russischkenntnissen sind gerne gesehen.

Der Einsatz der Integrations-Lotsen wird vom Dienstleistungszentrum Integration und Demokratie koordiniert. Der zeitliche Umfang der freiwilligen Tätigkeit beträgt ca. 20 Stunden im Monat und wird mit 200 Euro monatlich entschädigt.

Interessenten wenden sich bitte schriftlich an wohnraum@halle.de oder Stadt Halle (Saale), Dienstleistungszentrum Integration und Demokratie, Marktplatz 1, 06108 Halle (Saale). Fragen beantwortet Mohammed Al-Haideri, Teamleiter im Umzugs- und Betreuungsmanagement, unter der Telefonnummer 0345 221 4011.

Alternativ kann man sich auch an die Freiwilligenagentur Halle wenden.

Tel.: 0345/200 28 10

Mail: halle@freiwilligen-agentur.de

Aus der letzten Stadtratssitzung vom 23. Februar 2022

In der Einwohnerfragestunde gab es, erwartungsgemäß, Anfragen zur Jugendhilfeplanung-Teilplan Schulsozialarbeit. Unter anderem war die Fliederwegschule präsent, die noch einmal anhand von Fakten darstellte, wie notwendig die derzeit 3 Schulsozialarbeiter sind. Dazu später im Text. Fragesteller gab es auch zu Coronamaßnahmen der Stadt Halle (Saale) und zu Kürzungen an der MLU.

Im Bericht des OB, vorgetragen durch Herrn Geier, Bürgermeister, betonte er, dass der Forschungs- und Wissenschaftsstandort Halle (Saale) weiterhin eine starke und dynamische Universität braucht. Die Stadt, so Herr Geier weiter, unterstützt die Hochschule nach Kräften. Grundlage dieser Aussagen sind die Kürzungsabsichten des Landes an der MLU. Er berichtete weiter, dass die Händelfestspiele in diesem Jahr vom 27. Mai bis 12. Juni unter dem Motto „100 Jahre Händelfestspiele“ stattfinden werden. Interessant für uns war auch zu hören, dass der Waldumbau im Norden der Rabeninsel beginnt. Auf rund 9500 Quadratmeter werden sog. Hybridpappeln entfernt und rund 3200 Stieleichen gepflanzt.

Von der Tagesordnung wurden dann etliche Vorlagen und Anträge abgesetzt, weil es noch in den Ausschüssen Beratungsbedarf gibt. Dazu gehört auch die Vorlage zum Mietspiegel. Diese Vorlage werden wir dann

in der Stadtratssitzung März behandeln.

Der Stadtrat hat sich eine neue Geschäftsordnung gegeben. Das ist weniger interessant für die Einwohner:innen, aber für uns notwendig. So ergeben sich z.B. im Zeitalter der digitalen Arbeit auch für die Stadträte Änderungen für Einladungen etc.. Das muss alles geregelt werden. Neuregelungen gab es auch für den Rahmen bzw. Zeitraum zur Beantwortung von mündlichen Anfragen der Stadträte. Auch neu ist, dass wir in naher Zukunft zur Abstimmung im Stadtrat ein elektronisches Abstimmungssystem nutzen können.

Am 28.09.2022, in der Stadtratssitzung soll die Wahl der Beigeordneten bzw. des Beigeordneten für Bildung und Soziales erfolgen. Die Amtszeit von 7 Jahren ist für Frau Brederlow, jetzige Amtsinhaberin, abgelaufen. Bis spätestens 2 Monate vor dem Termin muss die Ausschreibung für diese Stelle erfolgen.

Das Abfallwirtschaftskonzept der Stadt Halle ist ohne größere Diskussion verabschiedet worden.

Anders beim Schulentwicklungsplan der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2022/23 bis 2026/27 - allgemeinbildende Schulen. Eine neue Vorgabe auf der Landesebene macht es der Kommune Halle schwer, neue Schulen zu gründen, was die Absicht ursprünglich war. An der Absicht, in Heide-Nord eine vierte integrierte Gesamtschule zu errichten, will der Stadtrat

nichts ändern. Eine Mehrheit, wir auch, stimmten dem zu. Hendrik Lange, unser Sprecher für Bildungspolitik, betonte in der Diskussion, dass Halle eine wachsende Stadt sei und wir die Bildungslandschaft entsprechend verbessern müssen. Er verwies auf das eigentliche Grundproblem: es gibt einfach zu wenig Lehrer:innen und derzeit werden auch zu wenig ausgebildet.

Diskussionen gab es auch zur Vorlage „Jugendhilfeplanung der Stadt Halle (Saale)- Teilplan Schulsozialarbeit für die Schuljahre 2022/23 -2024/25. Es ist ein Grundsatzbeschluss, eine Planung, die eine indikatorengestützte Prioritätensetzung beinhaltet. Und die bisherige Anzahl der Schulsozialarbeiter:innen bildet die Grundlage. Bisher gab es an 45 Schulstandorten 69 Vollzeitstellen Schulsozialarbeiter:innen. Die Stadt Halle (Saale) hält an ihrer Zielstellung fest, an allen Schulen Schulsozialarbeit zu etablieren. Die Finanzierung aus ESF-Mitteln reicht aber derzeit nicht aus, um mehr Sozialarbeiter:innen anzustellen. Und aus den Mitteln der Stadt ist dieses Ziel noch komplizierter zu erreichen, da es sich um freiwillige Leistungen der Stadt handelt. Unter der gegenwärtigen Haushaltslage dürfen keine zusätzlichen Ausgaben für freiwillige Leistungen getätigt werden. Die Fliederwegschule hatte

auf Grund der vielen Problemlagen an der Schule bisher drei Schulsozialarbeiter:innen. Nach der Planung würde diese Schule nur noch zwei Stellen bekommen. Noch ist nicht genau klar, wieviel Stellen wir überhaupt für das neue Schuljahr finanziert bekommen. Wir werden uns zeitnah in den Fachausschüssen damit beschäftigen.

Der Stadtrat hat mehrheitlich einen Änderungsantrag zugestimmt, der u. a. festlegt, dass Schulen, die einen Mehrbedarf als 2 Sozialarbeiter:innen stellen feststellen, diesen bei der Stadt anzeigen können. Eine Prüfung dieser Sachlage muss erfolgen. Gleichzeitig wurde festgelegt, dass die Stadt Halle weitere Fördermöglichkeiten für die Schulsozialarbeit „sucht“.

Zugestimmt wurde einem gemeinsamen Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Fraktion MitBürger & Die PARTEI und der Fraktion DIE LINKE zur Bewerbung für das EU-Programm zur Klimaneutralität bis 2030.

Unserem Antrag, einer Resolution zum Thema „Wissenschaft ist der Schlüssel zur Zukunft-Martin-Luther-Universität aufgabengerecht finanzieren“, wurde ebenfalls zugestimmt.

Ute Haupt

Halle kann mehr: Für eine gerechte Schulpolitik!

Die Pläne waren gut, bis sie von der Landesebene kassiert wurden. So lässt sich die Diskussion um die Schulentwicklungsplanung zusammenfassen. Während es den Bedarf gab, die Schullandschaft durch neue und überaus beliebte Integrierte Gesamtschulen (IGS) zu stärken und bestehenden Schulen zu erweitern, damit möglichst viele Schüler:innen den zu ihnen passenden Platz finden, wollte die Landesregierung von Sachsen-Anhalt lieber das Gegenteil. Dementsprechend hat das Bildungsministerium Vorgaben gemacht, die Neueröffnungen fast unmöglich machen sollen: Für die ersten Jahre muss eine Auslastung von 150 Prozent gegeben sein.

Die Regierung verlangt, dass wir die Schulen weiter vollstopfen - bloß keine kleineren Klassen. Damit will man das Problem des Lehrermangels auf die Schüler:innen und Eltern abwälzen, die diesen nicht verschuldet haben.

Daran sehen wir erneut, dass Sachsen-Anhalt nicht dazu bereit ist, in die Bildung zu investieren. Denn am Grundproblem des Mangels ändert sich nichts, solange die Arbeitsbedingungen nicht attraktiver gemacht und die Hochschulen nicht besser ausgestattet werden.

Leider passiert genau das nicht, sondern es bleibt alles beim Alten oder wird, wie die fatale Kürzungsdebatte an der Uni Halle zeigt, sogar noch schlechter.

Dieser fehlende Wille zur Investition sorgt auch beim Thema der Schulsozialarbeit dafür, dass das Notwendige nicht getan werden kann. Während eigentlich jeder Klassenzug eine:n Schulsozialarbeiter:in bräuhete, kann sich Halle aufgrund fehlender Finanzierung maximal zwei pro Schule leisten.

Als Fraktion haben wir versucht, das Beste aus dieser Situation zu machen. Durch den Beschluss des Rates an der Einrichtung wenigstens einer weiteren IGS festzuhalten, konnte die Schulentwicklungsplanung noch verbessert werden. Außerdem können einige Erweiterungsbauten weiterhin kommen. Darüber hinaus haben wir einer Änderung zugestimmt, die die Flexibilität bei der Schulsozialarbeit erhöht. Jetzt können Schulen unter bestimmten Bedingungen auch drei Schulsozialarbeiter:innen bekommen, dafür muss eine andere aber verzichten. Letztendlich hat der Rat das Schlimmste verhindert, indem er den Mangel verwaltet hat. Es bleibt aber weiterhin notwendig, den Mangel zu beenden - durch eine gerechte Schulpolitik!



Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im
Monat März Geburtstag haben.



22. März 2022

DISKUSSION/VORTRAG

Mit Gramsci die Krise verstehen?

Veranstaltungsreihe: Linke Flaute?

Information

VERANSTALTUNGSORT

Online

ZEIT

22.03.2022, 19:00 - 21:00 Uhr

Mit Uwe Hirschfeld (em. Professor für Politische Theorie und
Bildung an der EHS Dresden) und Solvejg Höppner (Moderation)

Eine gemeinsame Veranstaltungsreihe der RLS Sachsen-Anhalt
und Sachsen

Anmeldung und Zugang unter: info@rosalux-sachsen.de

Senioren-Treff

Liebe Seniorinnen und liebe Senioren,
der Frühling ist gekommen und Corona lässt uns
so langsam aus ihrer Klammer. Daher wollen wir
auch unsere Treffs wiederbeleben.

Beginnen wollen wir mit einer Buchlesung von
Viola Schubert-Lenhardt mit dem Buch von
Torsten Körner „In der Männerrepublik. Wie
Frauen die Politik eroberten“

**Termin: Donnerstag, 24. März 2022,
14:30 Uhr**

**Ort: Linker Laden, Leitergasse 4,
06108 Halle (Saale)**

In unseren Beratungsräumen wollen wir noch
immer die Regeln unseres Hygienekonzepts ein-
halten, d.h. vor allem 3G-Regel und soweit mög-
lich, Abstand halten.

Trotzdem freue ich mich, euch zu unserer Veran-
staltung begrüßen zu können.

Bis dahin bleibt alle gesund und zuversichtlich
Lydia Roloff

Treffen AG Wirtschaft

**25. März 18 Uhr im Kleeblatt. Diesmal wollen
wir über die Rolle von Dienstleistungen in der
Gesellschaft sprechen.**

27. März 2022

FILM

Geboren in Ravensbrück

ein Dokumentarfilm über Ingelore Prochnow, die 1944 im
Frauenkonzentrationslager Ravensbrück geboren wurde

VERANSTALTUNGSORT

**Pusch kino, Kardinal-Albrecht-Straße 6, Halle
ZEIT**

27.03.2022, 18:00 - 20:00 Uhr, im Rahmen der
Internationalen Woche gegen Rassismus

Dokumentarfilm über Ingelore Prochnow, die 1944
im Frauenkonzentrationslager Ravensbrück geboren
wurde, anschließend Filmgespräch mit der Filmema-
cherin Heike Rode

Eintritt frei!

Veranstaltung des VVN-BdA mit Unterstützung der
RLS Sachsen-Anhalt

Montags-Talk der Landtagsfraktion

Online-Veranstaltungen via Go-to-Meeting
Zugangsdaten:

<https://global.gotomeeting.com/join/222940301>

Sie können sich auch über ein Telefon einwählen:
+49 892 0194 301, Zugangscode: 222-940-301

21.03. Wie kann man junge Menschen für Politik begeistern?

Mit Dietmar Bartsch (Fraktionsvorsitzender Bun-
destagsfraktion) und Milena Neumes (FSJlerin
der Landtagsfraktion)

28.03. Mit Petitionen Politik bewegen - zum politischen Mittel der Petitionen

mit Monika Hohmann (sozialpolitische Spreche-
rin) und Christina Buchheim (stellvertretende Frak-
tionsvorsitzende)

04.04. Sportvereine in Zeiten von Corona

mit Thomas Lippmann (sportpolitischer Spre-
cher) und Dennis Jannack (LINKER Stadtrat Mag-
deburg)

Zum Gedenken an Karl Meseberg

Am 11. Februar 1891 wurde Karl Meseberg in Giebichenstein geboren, welches heute ein Stadtteil von Halle ist. Sein Vater war Schlosser, er wird später Former und arbeitet in der Maschinenfabrik. Vor dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs engagiert er sich im linken Flügel der Sozialdemokratie und ist überzeugter Sozialist. Im Krieg wird er in die Kaiserliche Marine eingezogen und wird Obermatrose. Gegen ihre Überzeugungen sollen die Matrosen am Ende des Krieges ihr Leben für die kaiserliche Militärdiktatur opfern. Dagegen wehren sich Matrosen, Soldaten und Arbeiter:innen und tragen zum Ausbruch der Novemberrevolution in Norddeutschland bei, die Karl Meseberg im November 1918 in seine Heimat zurückbringt. Hier gründet Meseberg, der inzwischen bei der Unabhängigen Sozialdemokratie (USPD) organisiert ist, mit anderen Engagierten den Arbeiter- und Soldatenrat und leitet das Gremium der demokratischen und sozialen Revolution. Durch den Deal der SPD mit den alten Eliten in Militär, Wirtschaft und Justiz sollen die autonomen Gremien der Arbeiter:innen 1919 militärisch niedergeschlagen werden, weshalb ab dem Frühjahr 1919 rechte Freikorps in Halle einmarschieren. Meseberg wird am 13. März 1919 gezielt gefoltert und ermordet, während der Täter fliehen kann. So endet überall in Deutschland auch der Teil der Revolution, der von den Menschen selbstbestimmt vorangetrieben wurde. Das Vertrauen auf rechte Freikorps und der Hass auf selbstständige Arbeiter:innen bleibt eine Hypothek für die Weimarer Republik, die immer wieder von der extremen Rechten bekämpft wird. Das zeigt sich auch an einem kommenden Jahrestag: Am 24. Juni 1922, also vor bald 100 Jahren, wird der liberale Reichsaußenminister Walther Rathenau von rechten Terroristen ermordet. Die Terroristen, die im Jahr 1919 auf die Arbeiter:innen losgelassen wurden, beginnen in den 1920ern damit, die Mitglieder der Reichsregierung zu bedrohen und zu ermorden. Und sie hörten erst damit auf, als 1933 eine für sie passende Regierung an die Macht kommt und die Weimarer Demokratie für immer zerstört. Der Antikommunismus, der Hass auf Arbeiter:innen und der Pakt mit den Rechten sind der Geburtsfehler der Republik gewesen.

Heute finden wir dieses Gedankengut bei denjenigen, die bei rechten Kampagnen gegen den VVN BdA

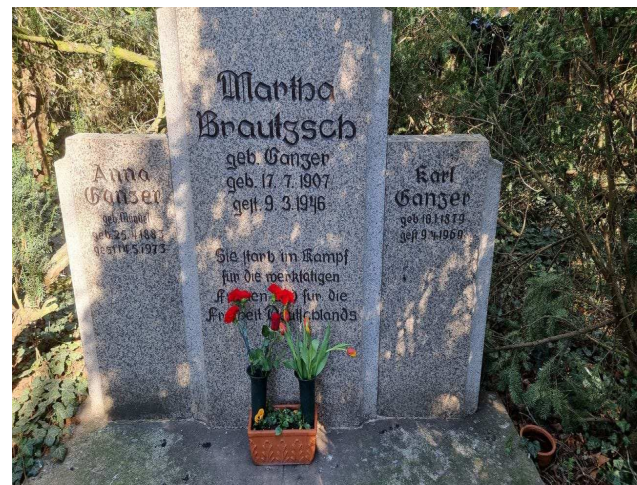
mitmachen, Antifaschismus kriminalisieren wollen und auf jede Kapitalismuskritik mit Sozialchauvinismus reagieren. Wir lernen daraus, dass eine stabile Demokratie gegen rechte Kräfte verteidigt werden und sowohl sozial als auch partizipativ sein muss.

Treffen des Neuen-Deutschland-Leseclubs

Der ND-Leserklub trifft sich am 6. April 2022 um 12:30 Uhr im Linken Laden

Bildungswochen gegen Rassismus

Vom 14. bis 27. März 2022 finden in Halle (Saale) die Bildungswochen gegen Rassismus statt. Das vollständige Programm findet ihr online unter <https://bildungswochen.de/programm/>



Martha Brautzsch Gedenken

Am 9. März waren wir wieder auf dem Südfriedhof, um an Martha Brautzsch zu erinnern, die am 9. März 1946 getötet wurde. Sie war eine Antifaschistin und wurde im NS verfolgt. Nach dem Krieg hat sie Frauenausschüsse in Sachsen-Anhalt gegründet, damit Frauen sich selbst organisieren können. In der DDR wurde sie verklärt und die emanzipatorische Selbstorganisation war nicht mehr möglich. Wir würdigen ihren feministischen und antifaschistischen Einsatz und müssen leider feststellen, dass dieser weiterhin notwendig ist. Denn Gleichberechtigung, Frieden und gerechte Verhältnisse sind bis heute nicht erkämpft.

+ + + Landtagsticker + + +

Ausgewähltes aus der Landtagssitzung vom 24. und 25.02.2022

Zur 7. Sitzungsperiode des Landtages standen 23 Themen auf der Tagesordnung, über die am 24. und 25. Februar debattiert und abgestimmt wurde.

#Frieden

Landtag bekräftigt Solidarität mit der Ukraine

Aufgrund des Angriffs von russischen Truppen auf die Ukraine hat sich der Landtag von Sachsen-Anhalt mit einer gemeinsamen Erklärung der fünf demokratischen Fraktionen positioniert. In der Debatte zur Regierungserklärung drückte der europapolitische Sprecher Wulf Gallert seine Erschütterung über den Angriff auf die Ukraine aus und forderte auf, die Perspektive der Menschen einzunehmen und unseren humanistischen Verpflichtungen nachzukommen. Das gelte auch gerade jetzt für die Menschen, die aus der Ukraine fliehen, aber auch für jene Russen, die sich diesem Krieg verweigern. Dies sei ein Akt des Friedens. Zu den Kriegsursachen und Motivation sagte er unter anderem:

„Ja, die NATO, der Westen insgesamt hat seit 1990 viele Fehler gemacht. Es gab an vielen Stellen die Möglichkeit, eine solche wiedererstehende bipolare Systemkonfrontation, die es übrigens gar nicht ist, weil die Systeme zumindest ökonomisch gesehen gar nicht mehr so unterschiedlich sind, zu vermeiden. Das wäre möglich gewesen. Dafür, dass das nicht geschehen ist, tragen viele die Verantwortung. [...] Das Motiv für den Überfall auf die Ukraine [ist]: nationalistische, militaristische Großmachtspolitik. Das ist der Hintergrund. Putin hat sehr deutlich gesagt, was er will: Sowjetunion ohne Republiken und ohne Sozialismus. Das ist seine historische Mission, sehr klar. Das ist das, was übrigens die politische Dimension für uns noch einmal deutlicher macht; denn diese Argumentation kann man nicht nur auf die Ukraine übertragen, sondern faktisch auf jede ehemalige Sowjetrepublik, und zwar ausdrücklich und nur mit der Macht des Stärkeren. Das ist die Ideologie, die diesem Krieg zugrunde liegt. Das ist die zentrale Motivation, um die es hier geht. Das ist die Gefahr.“

Wulf Gallert verwies darauf, dass die Frage nach Reaktionen Europas und der Welt auf Putins Überfall nicht einfach zu beantworten sei, weil der russische Präsident diese auch einkalkuliere und diese ihm als Legitimation und Begründung der nächsten Eskalationsstufe dienen und weil der Präsident die Hand am Atomsprenkopf habe. Das habe er sehr deutlich gesagt. Wulf Gallert schloss mit den Worten: „Lassen Sie uns heute hier ein gemeinsames Signal der Demokraten aussenden für den Frieden, in Verantwortung für das, was wir erleben und was unsere Kinder in der nächsten Generation erleben.“

Wortlaut des Beschlusses:

„Solidarität mit der Ukraine, Völkerrechtsbruch durch Russland verurteilen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag von Sachsen-Anhalt verurteilt den Völkerrechtsbruch Russlands. Der Angriffskrieg gegen die Ukraine ist durch nichts zu rechtfertigen. Die Inkaufnahme von Toten, das Leid der Zivilbevölkerung in der Ukraine, die Zerstörung der Infrastruktur des Landes wird von der Putin-Administration als Preis einer großrussischen nationalistischen Ideologie in Kauf genommen.

Der Landtag von Sachsen-Anhalt erklärt seine Solidarität mit der Ukraine und steht an der Seite der Menschen, die durch diesen Krieg bedroht werden. Wir fordern die Bundesregierung, die EU und die UN auf, alles zu tun, um den Krieg zu stoppen und einen Flächenbrand in Europa zu verhindern.

Wir wenden uns auch an die Bevölkerung Russlands, die im Zweiten Weltkrieg genauso wie alle Völker unendliches Leid erfahren musste: Wenden Sie sich gegen diesen Krieg, in dem es keine Gewinner geben kann. Stoppen Sie diesen Präsidenten und seine Erfüllungsgelhilfen!“

#aktuell debattiert

Desaströser Abbau der Schulsozialarbeit

Entgegen den Verlautbarungen des Bildungsministeriums im August 2021 zu einem Ausbau der Schulsozialarbeitsstellen ist daraus ein desaströser Abbauvorgang geworden. Denn die zur Verfügung stehenden ESF-Mittel sind in andere Bereiche abgeflossen, wodurch der Abbau von weiteren 80 bis 100 Schulsozialarbeitsstellen, die bisher rein kommunal getragen waren, im Land festgeschrieben sei. Dies und die katastrophalen Folgen für die Schulsozialarbeit nahm die Linksfraktion zum Anlass einer aktuellen Debatte im Landtag. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende und bildungspolitische Sprecher Thomas Lippmann verwies in seiner Rede auf die hohe Quote von Schulabbrecher*innen in Sachsen-Anhalt und die notwendige Bewältigung der Pandemiefolgen. Für beide sei die Schulsozialarbeit notwendiger denn je, damit Schüler*innen, Lehrer*innen und Eltern Unterstützungsangebote erhielten. Doch Sachsen-Anhalt schlage hier gerade den umgekehrten Weg ein und zerstöre bewährte Strukturen an Schulen.

„Wir brauchen dringend bessere Rahmenbedingungen für die Entwicklung der Kinder und Jugendlichen, doch gerade hier hält der Finanzminister die Taschen zu und zahlt lieber hunderte Millionen für die Tilgung von Krediten oder Fonds. Noch bis weit über 2030 hinaus werden zu wenige Lehrkräfte zur Verfügung stehen. Allein im letzten Jahr sind aus den Personalkostenbudgets für die Schulen mehr als 90 Mio. Euro nicht eingesetzt worden - Geld ist also da. Wir fordern die Koalition auf, ein klares Bekenntnis abzugeben, bis zum Ende der Wahlperiode die Schulsozialarbeit in allen Schulen des Landes sicherzustellen.“

Außerdem müsse das Engagement in den Kommunen angerechnet werden. „Das bedeutet, dass die Landkreise und kreisfreien Städte in dem Maße von der im neuen ESF-Programm verlangten Mitfinanzierung entlastet werden müssen, indem sie nachweislich eigene Schulsozialarbeiter*innen zusätzlich in ihren Schulen einsetzen.“

#Pandemie

Betroffene nicht allein lassen

Die Pandemiepolitik dürfe nicht nur auf gegenwärtige

Umstände reagieren, sondern müsse auch die Folgen von COVID-19-Infektionen und die Behandlung von Folgeerkrankungen in den Blick nehmen. Dazu forderte die Linksfraktion die Landesregierung unter anderem auf, für Betroffene sofort Informationsangebote für Long-COVID- und Post-COVID-Erkrankungen zu initiieren. Eine Webseite solle unter anderem Begriffserklärungen, medizinische Angebote von Haus- und Fachärzt*innen, auf COVID spezialisierte Reha-Einrichtungen und Selbsthilfegruppen anbieten. Die gesundheitspolitische Sprecherin Nicole Anger betonte: „Long- und Post-Covid-Erkrankte haben mit dauerhaften Erschöpfungszuständen, Kraftlosigkeit, fehlender Konzentration zu kämpfen. Jede noch so leichte Tätigkeit wird zu einer Herausforderung. Aber auch Erkrankungen an Herz und Lunge sind Folge der Corona-Infektion. Betroffene fühlen sich allein gelassen, ihnen fehlen Informationen für Ansprechpartner*innen zu Long- und Post-Covid im Land. [...] Es gibt Fälle, wo die Menschen seit mehr als 1,5 Jahren an diesen Folgen leiden. Es hängt quasi vom Zufall ab, ob behandelnde Ärzt*innen sich mit dem Krankheitsbild auskennen. Wir brauchen eine klare Strategie, die langfristig ansetzt und klärt, wie wir mit Folgeproblematiken von Corona umgehen werden.“

Notwendig seien ein konkretes Angebot für Kur- und Rehamaßnahmen und der Ausbau der Beratungs- und Hilfsangebote, da die Bedarfe mit den bestehenden Strukturen nur schwer abgedeckt werden könnten. Die Sensibilität bei den Mediziner*innen für diese Erkrankungen müsse erhöht und sie müssten bei den Behandlungen unterstützt werden.

„Die Realität ist, dass Sachsen-Anhalt schlecht auf die Endemie, die nach der Pandemie kommt, vorbereitet ist. An Long- oder Post-Covid Leidende brauchen bei der Behandlung dringend Unterstützung. Wir brauchen spezialisierte Ambulanzen im Land. Der Weg über die Unfallkasse oder die Berufsgenossenschaft trägt nicht dazu bei, dass schnell Klarheit für die Betroffenen hergestellt wird. Frauen sind häufiger von Long-Covid betroffen als Männer, damit haben diese Erkrankungen auch sozialökonomische Aspekte. Lassen Sie uns beginnen, etwas für die von Post-Covid-Betroffenen zu tun“, schloss Nicole Anger ihre Rede.

Der Antrag wurde in die Fachausschüsse zur weiteren Beratung überwiesen

Energiepreise

Menschen von steigenden Energiepreisen entlasten

Aufgrund der weiteren drastischen Preissteigerungen für Strom, Heizung, Kraftstoffe aber auch für Lebensmittel leiden viele Verbraucher*innen und Verbraucher unter hohen Lebenshaltungskosten. Die Inflationsrate liege so hoch wie seit 1993 nicht mehr, formuliert die Fraktion DIE LINKE in ihrem Antrag. Die Teuerungen stellten auch insbesondere kleine und mittlere Unternehmen in Sachsen-Anhalt vor massive Probleme. Die von der Bundesregierung angekündigten Maßnahmen reichen nach unserer Ansicht bei weitem nicht aus, um die prekäre Situation insbesondere für Menschen mit geringem Einkommen und Sozialleistungsempfänger zu mildern.

Kerstin Eisenreich, Sprecherin für Energie und Verbraucherschutz sagte in ihrer Einbringungsrede: „Für ca. 20 Prozent der Menschen in Sachsen-Anhalt ist die Situation besonders dramatisch. Diese gelten aufgrund ihres geringen Einkommens als arm. Während immer mehr Menschen prekär leben, füllen sich Eigentümer von Lidl, Aldi und Co. die Taschen mit riesigen Profiten. Hier muss endlich eine Umverteilung passieren, damit die Menschen, die am meisten unter den hohen Preisen leiden, endlich eine gerechte Unterstützung erfahren.“

Sie forderte die Landesregierung auf, sich auf der Bundesebene für weitergehende Maßnahmen einzusetzen. Denn weder die bisher angekündigte Einmalzahlung des Heizkostenzuschusses noch die jetzt versprochene Einmalzahlung eines Corona-Zuschusses für besonders Bedürftige von 100 Euro könnten die Not tatsächlich lindern. „Noch dazu werden die Auszahlungen frühestens im Sommer beginnen. Die Probleme der Menschen sind aber jetzt akut! [...] Wir fordern für alle, deren Einkommen unter der Armutsrisikoschwelle liegt, einen Sofortzuschuss von 200 Euro pro Person.“ Sie skandalisierte die kürzliche Erhöhung des Hartz-IV-Regelsatz um drei Euro und forderte mittelfristig mindestens 658 Euro. Kurzfristig sollten sowohl die Sätze für Arbeitslosengeld II als auch Grundsicherung wenigstens um die Höhe der Inflationsrate erhöht werden. Wohngeldanpassung, die vollständige Übernahme des CO²-Preises durch die Vermieter*innen als Anreiz zur Umstellung auf erneuerbare Energien, statt Erhöhung der Pendlerpauschale ein sozial gerechtes Mobilitätsgeld, unabhängig vom genutzten Verkehrsmittel für alle Pendler*innen, sind weitere Forderungen des Antra-

ges.

Auch für die kleinen und mittleren Unternehmen, die Grundlage der Wirtschaft im Land, fordert DIE LINKE mehr Unterstützung von Bund und Land ein. Neben den nunmehr vorgeschlagenen Steuererleichterungen und Verlängerung von Kurzarbeitergeld müsse Sachsen-Anhalt diesen Unternehmen Unterstützung bei der derzeitigen Kostenbewältigung und auch die Chance geben, ihre Wirtschaftsweise hin zu mehr Effizienz, Ressourcen- und Energieschonung umzustellen. Förderprogramme zur energetischen Sanierung und Modernisierung müssten fortgesetzt, Strompreise stärker überwacht und ein schärferes Kartellrecht im Bereich von Strom, Gas und Öl durchgesetzt werden. Zugleich müsse der Ausbau erneuerbarer Energien stärker dezentral passieren und damit einhergehen, dass die Menschen unmittelbar vor Ort direkt davon profitieren. Parallel dazu müssen die für die Daseinsvorsorge notwendigen Strom- und Wärmenetze in öffentliche Hand überführt und stärker demokratisch kontrolliert werden.“

Der Antrag wurde zur Beratung in die Fachausschüsse überwiesen.

+ + kurz berichtet + +

Bäume pflanzen für den Klimaschutz

Mit der Aufnahme des Klimaschutzes als Staatsziel in die Landesverfassung hat sich auch der Landtag, der selbst jährlich schätzungsweise 695 Tonnen Kohlendioxid ausstößt, verpflichtet, den eigenen CO²-Fußabdruck zu verringern. Dazu werden jährlich Gelder als CO²-Kompensation an verschiedene Klimaschutzprojekte ausgereicht. Für 2021 wurden 14.600 Euro im Ältestenrat festgelegt, die an die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald gingen und mit denen insgesamt 4,7 ha Wald in diesem Frühjahr wieder bewaldet werden. Am 26. Februar fand im Auenwald des Dessau-Wörlitzer Gartenreiches eine gemeinsame Pflanzaktion zur Wiederaufforstung einer abgestorbenen Waldfläche mit Stieleichen und Flatterulmen statt.

Erstellt von Kerstin Eisenreich (MdL), 27. Februar 2022

Mehr und Ausführlicheres über Inhalte und Debatten der Landtagssitzungen im Februar 2022 ist auf den Internetseiten der Landtagsfraktion zu finden: www.dielinke-fraktion-lsa.de.

Auch auf Facebook, Twitter und Instagram können die Debatten verfolgt werden.